

Niederschrift, ö

Gremium	Sozial- und Gesundheitsausschuss
Nummer	SozGA/002/2021
Datum	Donnerstag, 10.06.2021
Ort	Sitzungssaal im 5. OG des Verwaltungsgebäudes
Beginn	09:30 Uhr
Ende	11:59 Uhr

Anwesenheit

Vorsitzender

Mederer, Josef

Ausschussmitglied

Demmel, Christian

Eberl, Ottilie

Funke, Annemarie

Gössner, Ute

Hausberger, Claudia

Heigl, Marianne

Hügenell, Helga

Keßler, Martina

Kirchner, Stefanie

Loy, Josef

Münster, Peter

Neubauer, Martina

Tuttas, Petra

Wittmann, Susanne, Dr.

in Vertretung für Frau Elisabeth Jordan
bei TOP 17 Ö abwesend

in Vertretung für Frau Erika Sturm

Sachverständige

Bayer, Christof

Berger, Heinrich, Dr.

Fuhlbrügge, Sibylle

Habel, Fritz

Hanslmeier-Prockl, Gertrud, Dr.

Hellriegel-Lane, Martina

Knorr, Wilfried

Mauerer-Molléus, Michael

Orlich, Ralf, Dr.

Otto, Robert

Starzengruber, Rudolf

Stein, Petra

Utz, Oswald

Verwaltung

Becker, Stefan

Bertenbreiter, Benedikt

Brehorst, Gernot

Bruckmann, Wolfgang, Dr.

Büllesbach, Susanne
Getzlaff, Stefan
Kohl, Markus
Mauermayer, Constanze
Neudorfer, Timo
Plank, Stephanie
Roth, Helmut
Schulz, Thomas
Schweikl, Edmund
Steinwand, Ralf
Zach, Anja
Zieglmaier, Margarete

Weitere Anwesende

Schwaiblmair, Frauke, Dr.

Protokollführerin

Maja, Renate

Entschuldigt

Ausschussmitglied

Jordan, Elisabeth

entschuldigt - vertreten durch Frau Helga
Heigl

Sturm, Erika

entschuldigt - vertreten durch Frau Petra
Tuttas

Tagesordnung

I. Öffentliche Sitzung

TOP 1	Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung
TOP 2	Veränderung der sachverständigen Person des BRK
TOP 3	Veränderung der sachverständigen Person des VKIB
TOP 4	Dialogforum Assistenzlöhne im Arbeitgebermodell
TOP 5	Erhöhung der Mobilitätshilfe
TOP 6	Anpassung der Richtlinie Gerontopsychiatrische Dienste sowie gerontopsychiatrischer Fachkräfte an Sozialpsychiatrischen Diensten
TOP 7	Nachsteuerung von pauschalierten Maßnahmen für Menschen mit Behinderung in Oberbayern zur Umsetzung 2021
TOP 8	Projekt Aufbau von Pflegestützpunkten - Sachstandsbericht
TOP 9	Programm gegen Fachkräftemangel: "In die Zukunft investieren, heißt in die Menschen investieren"
TOP 10	Krisendienst Psychiatrie 1. Quartal 2021 - Sachstandsbericht
TOP 11	Projekt Fallmanagement für Erwachsene in der Eingliederungs- und Wohnungslosenhilfe
TOP 12	Vorstellung der Planung einer Nutzeranalyse im Rahmen des Projekts 2030+ - Interaktiver Sozialbericht
TOP 13	Sachstandsbericht – Aktuelle Maßnahmen der Sozialverwaltung im Zuge der Corona-Krise
TOP 14	Antrag 30 der Linken vom 19.09.2020: erneute Behandlung des Antrags 21 vom 26.05.2020
TOP 15	Antrag 32 der Linken vom 20.10.2020: Erhöhung der Mobilitätshilfe
TOP 16	Antrag 36 der Linken vom 15.01.2020: Großraumzulage für Assistenzdienste
TOP 17	Antrag 37 der Linken vom 12.03.2021: Dialogforum Assistenzlöhne
TOP 18	Bekanntgaben und Sonstiges

Bezirkstagspräsident Josef Mederer eröffnet um 09:30 Uhr die öffentliche Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses, begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Sozial- und Gesundheitsausschusses fest.

Herr Bezirkstagspräsident teilt mit, dass es zu dem Antrag der Linken Nr. 38 vom 26.04.2021 weitere Informationen gibt. Frau Gräbsch wird diese unter Bekanntgaben und Sonstiges genauer erläutern.

Von Frau Kirchner erfolgt der Antrag - TOP 5 Ö und TOP 15 Ö - sollen zusammen behandelt werden, da der Antrag 32 der Linken vom 20.10.2020: Erhöhung der Mobilitätshilfe und TOP 5 den gleichen Gegenstand diskutieren. Das Gremium beschließt einstimmig die gemeinsame Behandlung von TOP 5 und TOP 15.

TOP 1 Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung

Beschluss:	angenommen	Ja 15 Nein 0
-------------------	-------------------	------------------------

TOP 2 Veränderung der sachverständigen Person des BRK

Der bisherige Sachverständige des BRK im Sozial- und Gesundheitsausschuss, Herr Christian Siebold, ist bei der Pfennigparade ausgeschieden und ist damit auch nicht mehr Vertreter des BRK im Sozial- und Gesundheitsausschuss. Mit E-Mail vom 04.03.2021 hat Herr Siebold dies mitgeteilt und Frau Simone Kern, Teamleiterin Behindertenhilfe & Sozialpsychiatrie - Abteilung Soziale Arbeit, Bereich Pflege & Soziales - Bayerisches Rotes Kreuz Landesgeschäftsstelle als neue Sachverständige benannt.

Beschluss:	Als neue Sachverständige des Bayerischen Roten Kreuz (BRK) im Sozial- und Gesundheitsausschuss wird Frau Simone Kern benannt.	
	angenommen	Ja 15 Nein 0

TOP 3 Veränderung der sachverständigen Person des VKIB

Die Vereinigung Kommunalen Interessenvertreter von Menschen mit Behinderung in Bayern e.V. hat mit Schreiben vom 23.03.2021 mitgeteilt, dass der bisherige Vertreter im Sozial- und Gesundheitsausschuss, Herr Herbert Sedlmeier, aus gesundheitlichen Gründen zurückgetreten ist. Die VKIB benennt als seinen Nachfolger in der Vertretung im Sozial- und Gesundheitsausschuss Herrn Oswald Utz, Behindertenbeauftragter der Landeshauptstadt München.

Beschluss:	Als neuer Sachverständiger der Vereinigung Kommunalen Interessenvertreter von Menschen mit Behinderung in Bayern e.V.(VKIB) im Sozial- und Gesundheitsausschuss wird Herr Oswald Utz, Behindertenbeauftragter der Landeshauptstadt München benannt.	
	angenommen	Ja 15 Nein 0

TOP 4 Dialogforum Assistenzlöhne im Arbeitgebermodell

Die Arbeitsergebnisse des Dialogforums werden dem Sozial- und Gesundheitsausschuss von Herrn Bezirkstagspräsidenten Josef Mederer vorgestellt.

Im Verlauf der nachfolgenden Diskussion wurde empfohlen, dass in der Arbeitsgruppe des Dialogforums zum Thema tarifliche Grundlagen die Fragestellung der Anwendung des TVöD und das Berliner Modell "Leistungskomplex 32" aufgegriffen wird. Bezogen auf den künftigen Flyer zum Arbeitgebermodell wird aus den Reihen des Ausschusses empfohlen die Abgrenzung zum persönlichen Budget aufzunehmen. Der Beschluss wird konkretisiert, dass das geplante Bonussystem in enger Zusammenarbeit mit den Vertretungen von VIF und VbA erarbeitet werden soll und eine Umsetzung möglichst zum 01.07.2021 erfolgen soll.

Beschluss:	Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt den Bericht und die Arbeitsergebnisse des Dialogforums zur Kenntnis und befürwortet die Weiterführung des Forums. Der Sozial- und Gesundheitsausschuss ermächtigt die Sozialverwaltung gemeinsam mit den Vertretungen der Betroffenen (VIF und VbA), ein Bonussystem für langjährige Mitarbeitende im Arbeitgebermodell zu entwickeln und möglichst zum 01.07.2021 umzusetzen.
	angenommen Ja 15 Nein 0

TOP 5 Erhöhung der Mobilitätshilfe **TOP 15 Antrag 32 der Linken vom 20.10.2020: Erhöhung der Mobilitätshilfe**

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss beschließt die Erhöhung der Mobilitätshilfe für Anspruchsberechtigte in einer stationären Wohnform und die Erhöhung des Höchstbetrags zum 01.07.2021.

Frau Gräbsch teilt mit, dass Frau Zieglmaier und sie der Ansicht sind, TOP 5 Ö als der weitergehenden zuerst zu behandeln, da er eine weitere Pauschale betrifft.

Herr Mederer lässt abstimmen, ob das Gremium damit einverstanden ist, dass TOP 15 behandelt wird. Das Gremium ist einstimmig damit einverstanden, dass TOP 15 Ö behandelt wird.

Bezirksrat Prof. Weber nimmt als Antragsteller zu seinem Antrag Stellung.

Beschluss zu TOP 5:	1. a) Der Sozial- und Gesundheitsausschuss beschließt die Erhöhung der Mobilitätshilfe für Anspruchsberechtigte in einer stationären Wohnform von 178 Euro auf 206 Euro und die Erhöhung des Höchstbetrags von 268 Euro auf 310 Euro zum 01.07.2021. 2. b) Die Sozialverwaltung wird beauftragt, bis 31.12.2023 eine erneute Ermittlung zur Entwicklung der Fahrtpreise vorzunehmen und das Ergebnis im Sozial- und Gesundheitsausschuss vorzustellen.
	angenommen Ja 15 Nein 0

Nachdem das Gremium einstimmig über TOP 5 entschieden hat, nimmt Bezirksrat Prof. Weber seinen Antrag (TOP 15 Ö) zurück.

Beschluss zu TOP 15:	Der Sozial- und Gesundheitsausschuss lehnt den Antrag der Linken vom 20.10.2020 (eingegangen am 08.03.2021) zur Erhöhung des Höchstbetrags der Mobilitätshilfe ab dem 1.1.2021 von 268 Euro auf 310 Euro ab. Anfrage zurückgenommen
-----------------------------	---

TOP 6 Anpassung der Richtlinie Gerontopsychiatrische Dienste sowie gerontopsychiatrischer Fachkräfte an Sozialpsychiatrischen Diensten

Der Hauptausschuss des Bayerischen Bezirktags hat im Mai 2020 der Anpassung der Muster-richtlinie zur Förderung der Sozialpsychiatrischen Dienst (SPDI) zugestimmt. Der Bezirk Oberbay-ern hat eine eigene Richtlinie zur Förderung der Gerontopsychiatrischen Dienste. Die Richtlinie zur Förderung von Gerontopsychiatrischen Diensten basiert auf der Richtlinie zur Förderung von Sozi-alpsychiatrischen Diensten und ist deshalb entsprechend mit Wirkung ab 01.01.2021 anzupassen.

Beschluss:	Der Sozial- und Gesundheitsausschuss des Bezirks Oberbayern beschließt die Richtlinie zur Förderung von Gerontopsychiatrischen Diensten (Anlage) ab 01.01.2021. angenommen	Ja 15 Nein 0
-------------------	--	------------------------

TOP 7 Nachsteuerung von pauschalierten Maßnahmen für Menschen mit Behinderung in Oberbayern zur Umsetzung 2021

Die Nachsteuerung von pauschalfinanzierten Maßnahmen für Menschen mit Behinderung in Oberbayern erfolgt unter Berücksichtigung quantitativer und qualitativer Kriterien. Eine nochmalige Anfrage bei Spitzenverbänden und Trägern von Diensten und Maßnahmen ergab, dass die Anträ-ge auf Nachsteuerung trotz der Coronapandemie weiterhin aufrecht erhalten bleiben.

Beschluss:	Der Sozial- und Gesundheitsausschuss beschließt die Umsetzung der vorgestell-ten Maßnahmen für das Jahr 2021 und 2022. Der kalkulierte Förderbedarf wird in den Haushalt 2021 in Höhe von 274.937 € (gerundet) und im Jahr 2022 in Höhe von 1.212.250 € eingestellt. angenommen	Ja 15 Nein 0
-------------------	---	------------------------

TOP 8 Projekt Aufbau von Pflegestützpunkten - Sachstandsbericht

Die Leitung des Projektes Aufbau von Pflegestützpunkten berichtet mündlich über den derzeitigen Sachstand.

Beschluss:	Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt den aktuellen Sachstandsbericht zur Kenntnis. zur Kenntnis genommen
-------------------	--

TOP 9 Programm gegen Fachkräftemangel: "In die Zukunft investieren, heißt in die Menschen investieren"

Im Jahr 2020 wurde das Programm „In die Zukunft investieren, heißt in den Menschen investieren – Programm des Bezirks Oberbayern zur Gewinnung künftiger Fachkräfte für Einrichtungen und Dienste der Eingliederungshilfe“ erfolgreich gestartet und für das Ausbildungsjahr 2021/2022 fortgesetzt. Der aktuelle Zwischenstand wird in der beigefügten Präsentation dargestellt. Eine abschließende Bewertung der zweiten Runde des Programms erfolgt in der kommenden Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses.

Bezirkstagspräsident Josef Mederer und Bezirksrätin Martina Neubauer schlagen vor, das Thema Fachkräftemangel in das Forderungspapier des bayerischen Bezirkstags für die Bundestagswahl aufzunehmen. Die Sozialverwaltung wird beauftragt hierzu einen Formulierungsvorschlag auszuarbeiten.

Beschluss:	Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis. zur Kenntnis genommen
-------------------	--

TOP 10 Krisendienst Psychiatrie 1. Quartal 2021 - Sachstandsbericht

Die Steuerungsgruppe des Krisendienstes Psychiatrie Oberbayern informiert turnusgemäß zum aktuellen Stand der Umsetzung des Krisendienstes in Oberbayern.

Herr Bezirkstagspräsident weist darauf hin, dass der Bezirk Oberbayern nunmehr als erster Bezirk alle Vorgaben und Ziele des Bay PsychKHG bezüglich Krisendienstes Psychiatrie erfüllt hat. Er dankt allen Beteiligten im Netzwerk für ihre hervorragende Zusammenarbeit aber auch den Fraktionen für die konstruktiven und vorausschauenden Beschlussfassungen in den letzten Jahren. Herr Roth trägt vor, dass die Steuerungsgruppe Krisendienst letztmalig in dieser Funktion berichtet. Durch die neu eingerichtete Geschäftsstelle des Netzwerkes in der gemeinsam gegründeten Krisendienst Psychiatrie Oberbayern gGmbH wird nunmehr die Gesamtsteuerung durch die Geschäftsführung der gGmbH übernommen. Er dankt allen Mitwirkenden in der Steuerungsgruppe für die sehr vertrauensvolle und effektive Zusammenarbeit. Herr Bezirkstagspräsident und die Fraktionen schließen sich diesem Dank an und wünschen der neuen Leitung eine glückliche Hand sowie viel Erfolg.

Beschluss:	Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis zur Kenntnis genommen
-------------------	---

TOP 11 Projekt Fallmanagement für Erwachsene in der Eingliederungs- und Wohnungslosenhilfe

Nachdem die Pilotphase Fallmanagement erfolgreich beendet wurde, erging mit Beschluss des Sozial- und Gesundheitsausschusses vom 16.10.2019 an die Sozialverwaltung u. a. der Auftrag, das vorgestellte Konzept Fallmanagement und die dazugehörige Zeitschiene umzusetzen. Das bedeutet, im Jahr 2021 berichtet die Sozialverwaltung über die bisherige Implementierung. Auf dieser Grundlage wird über die Aktivierung der Stufe 2021 entschieden.

In der Diskussion zur Beschlussvorlage konnte die Frage, wie das prozentuale Verhältnis von Fallmanagementfällen zu den Gesamtfällen lautet, nicht direkt beantwortet werden. Bei der Gesamtzahl an Fällen handelt es sich um alle potenziellen Fälle, die in das Fallmanagement aufgenommen werden könnten. Darunter fallen z. B. keine Fälle, die allein Leistungen aus dem Produktportfolio der ambulanten, teilstationären und stationären Hilfe zur Pflege beziehen. Weiterhin sind keine isolierten Leistungen wie z. B. Hilfsmittel, Kfz-Hilfen, Blindenhilfe und Mobilitätshilfen enthalten.

Zum Berichtszeitpunkt waren 584 Stichtagsfälle im Zuständigkeitsbereich Fallmanagement. Die Gesamtfallzahl beträgt lt. Konzept Fallmanagement 33.004.

Im Ergebnis befanden sich zum Berichtszeitpunkt 1,77% der Gesamtfälle im Fallmanagement.

Beschluss:	Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis. Die Sozialverwaltung erhält den Auftrag, gemäß dem Konzept Fallmanagement für Erwachsene in der Eingliederungs- und Wohnungslosenhilfe die Stufe 2021 zu implementieren. Wie in der beschlossenen Zeitschiene vorgesehen, erstellt die Sozialverwaltung im Jahr 2022 einen Zwischenbericht. Dieser ist im Sinne des Konzeptes Fallmanagements, Punkt 4 Evaluation der Arbeitsmethode (S. 14) zu erstellen. zur Kenntnis genommen
-------------------	---

TOP 12 Vorstellung der Planung einer Nutzeranalyse im Rahmen des Projekts 2030+ - Interaktiver Sozialbericht

Im Rahmen des Zielekatalogs 2030+ wurde als Teilziel die Umstellung der Sozialberichterstattung als webbasierte Informationsplattform unter dem Handlungsfeld Digitalisierung festgelegt. Das Projekt sieht eine stufenweise Umsetzung vor, die als erste Stufe eine Nutzeranalyse eingeplant hat.

Beschluss:	Der Ausschuss nimmt die weitere Planung und Vorgehensweise zur Kenntnis und benennt aus der Mitte der Ausschussmitglieder und der Sachverständigen Teilnehmende für die geplanten Workshops im Juli und Oktober. zur Kenntnis genommen
-------------------	---

TOP 13 Sachstandsbericht – Aktuelle Maßnahmen der Sozialverwaltung im Zuge der Corona-Krise

Der Stab Versorgungssicherheit berichtet über die aktuellen Maßnahmen und Problemstellungen.

Nachfolgend diskutiert der Ausschuss die Problemanzeige „fehlende“ Umsetzung von Lockungsmöglichkeiten der Infektionsschutzmaßnahmen in den Einrichtungen und den Vorschlag eines Newsletters von Herrn Utz

Es wurde betont, dass die Einrichtungen und Dienste an die jeweiligen Allgemeinverfügungen und sonstigen Vorgaben im Zuge des Infektionsschutzes gebunden sind und diese einzuhalten haben. Diese Vorgaben werden von den hierfür zuständigen Ministerien und Behörden erlassen. Der Bezirk Oberbayern kann hier keine eignen Regelungen treffen. Sofern es in Einrichtungen und Diensten hierzu zu Beanstandungen und Problemmeldungen kommt, verfügen der Bezirk Oberbayern

und die Regierung von Oberbayern über die entsprechenden Beschwerdemöglichkeiten bzw. ein etabliertes Beschwerdemanagement.

Der Vorschlag eines Newsletters an Einrichtungen und Dienste Hinweisen auf die aktuellen Regelungen und Allgemeinverfügungen und den entsprechend dort festgelegten Lockerungen wird nicht aufgegriffen.

Beschluss:	Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt den Sachstand zur Kenntnis. zur Kenntnis genommen
-------------------	--

TOP 14 Antrag 30 der Linken vom 19.09.2020: erneute Behandlung des Antrags 21 vom 26.05.2020

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss berät und beschließt über den Antrag 30 der Fraktion der Linken vom 19.09.2020.

Herr Bezirkstagspräsident fragt an, ob der Antrag der Linken behandelt wird. Das Gremium ist einstimmig damit einverstanden.

Bezirksrat Prof. Klaus Weber erhält als Antragsteller das Wort um den Antrag zu erläutern.

Nachdem im Rahmen der Berichterstattung deutlich wurde, dass im Dialogforum der Gegenstand des Antrags eingebracht und diskutiert wird, zieht Bezirksrat Prof. Klaus Weber den Antrag zurück.

Beschluss:	1. Der Sozial- und Gesundheitsausschuss beschließt, dass sich der Antrag 30 der Fraktion der Linken vom 19.09.2020 erledigt hat. 2. Der Sozial- und Gesundheitsausschuss lehnt den Antrag der Linken zur Erhöhung der Assistenzlöhne sowie zur Zahlung eines Zuschlags für Assistenzen (Antrag 21 der Linken vom 26.05.2020) ab. Antrag zurückgenommen
-------------------	---

TOP 16 Antrag 36 der Linken vom 15.01.2020: Großraumzulage für Assistenzdienste

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss berät und beschließt über den Antrag 36 der Linken vom 15.01.2020, eingegangen am 19.01.2021.

Herr Bezirkstagspräsident Josef Mederer fragt an, ob der Antrag der Linken behandelt wird. Das Gremium ist einstimmig damit einverstanden.

Bezirksrat Prof. Klaus Weber erhält als Antragsteller das Wort um den Antrag zu erläutern.

Frau Zieglmaier erklärt, dass die Großraumzulage grundsätzlich für alle tarifgebunden Vertragsparteien zu finanzieren ist, was auch so durchgeführt wurde. Die hier genannten Bereiche, sind jedoch nur an einen Tarifvertrag angelehnt, der auch keine Großraumzulage vorsieht. Aus diesem Grund entsteht hier kein Anspruch auf die Finanzierung einer Großraumzulage. Wenn es heute beschlossen wird, wäre es sehr schwierig, da es im Moment keinen Raum für die Leistung gibt und das Dialogforum sich der gesamten Vergütungsstruktur widmet.

Beschluss:	Der Sozial- und Gesundheitsausschuss lehnt den Antrag 36 der Linken vom 15.01.2020 (eingegangen am 19.01.2021) mit dem Inhalt, Assistenzkräften für Menschen mit Behinderung, die mit Hilfe des Persönlichen Budgets oder mit Hilfe des Arbeitgebermodells selbstbestimmt leben wollen, die Großraumzulage und die zusätzlichen Ausgaben im Rahmen der COVID-19-Pandemie ebenfalls zu gewähren, ab.
	abgelehnt
	Ja 2 Nein 13

TOP 17 Antrag 37 der Linken vom 12.03.2021: Dialogforum Assistenzlöhne

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss berät und beschließt über den Antrag 37 der Fraktion der Linken vom 12.03.2021.

Herr Bezirkstagspräsident Josef Mederer fragt an, ob der Antrag der Linken behandelt wird. Das Gremium ist einstimmig damit einverstanden.

Bezirksrat Prof. Klaus Weber erhält das Wort um den Antrag zu erläutern.

Beschluss:	Der Sozial- und Gesundheitsausschuss lehnt den Antrag 37 der Linken vom 12.03.2021 mit dem Inhalt ab, dass bei den Vertreter_innen der genannten Verbände mindestens eine Person ausgewählt wird, die selbst im Arbeitgebermodell lebt, und dass ein Mitglied der aktiven Gruppe von im Arbeitgebermodell lebenden Menschen mit Behinderung, die sich brk von unten nennt, in das Dialogforum eingeladen wird, ab.
	abgelehnt
	Ja 6 Nein 8

TOP 18 Bekanntgaben und Sonstiges

Information zum Antrag 38 der Linken vom 26.04.2021

Am 26.04.2021 hat die Fraktion der Linken den Antrag 38 gestellt, der sich auf die Kostenübernahme für Selbsttests von Assistenzkräften von Menschen mit Behinderungen bezieht.

Der Antrag 38 wurde am 26.04.2021 per E-Mail an die Fraktionen, Wählergruppen und Ausschussgemeinschaften verschickt, wie es in § 22 Abs. 1 GeschO vorgesehen ist.

Die Kosten für die Selbsttests werden als Pflegehilfsmittel bereits übernommen, die eingehenden Anträge auf Übernahme in der Sozialhilfeabteilung entschieden. Die Sozialverwaltung setzt die Punkte im Antrag bereits um und es handelt sich um laufende Angelegenheiten, die in die Zuständigkeit des Bezirkstagspräsidenten fallen. Da weder der Bezirkstag noch ein Ausschuss dafür zuständig sind, wird der Antrag auch nicht nach § 22 Abs. 3 GeschO auf die Tagesordnung eines Gremiums gesetzt, sondern vom Bezirkstagspräsidenten beantwortet. Das Antwortschreiben vom 25.05.2021 wurde am 02.06.2021 an die Fraktion der Linken verschickt.

Wie in der Runde der Fraktionsvorsitzenden und Fraktionssprecherinnen bzw. -sprecher am 04.03.2020 vereinbart, wird einem Antrag, Antwort im Nachgang dem Sozial- und Gesundheitsausschuss zur Kenntnis gegeben. Dies ist für die Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 29.09.2021 vorgesehen, da für die heutige Sitzung schon vor dem Versand des Antwortschreibens geladen wurde.

Die Fraktion der Linken wird zu Ihrer E-Mail vom 09.06.2021 außerdem noch ein Antwortschreiben von Herrn Bezirkstagspräsident Mederer erhalten.

Beschluss:	Es wurde kein Beschluss gefasst.
-------------------	---

Um 11:59 Uhr schließt Bezirkstagspräsident Josef Mederer die öffentliche Sitzung.

Josef Mederer
Bezirkstagspräsident

Renate Maja
Protokollführung